

1.19 „Hakenkreuzgeist darf im Rathaus nicht herrschen“

Der vergebliche Kampf für die Demokratie im März 1933

Der 30. Januar 1933 und seine Folgen war das Thema des Vortrags von Rabbiner Prof. Dr. Andreas Nachama/Berlin am 30. Januar 2023. Auch 90 Jahre danach fand eine Veranstaltung der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit, der VHS und des Vereins für Orts- und Heimatkunde Recklinghausen das Interesse von 140 Zuhörerinnen und Zuhörern.

Nachama nannte die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar eine „Machtübergabe“ durch Reichspräsident Paul von Hindenburg und konservative Eliten, die glaubten, Hitler für sich einspannen zu können. Im Kabinett waren mit Hitler, Göring (Kommissarischer Innenminister für Preußen) und Frick (Reichsinnenminister) nur drei NSDAP-Mitglieder vertreten; sie besaßen allerdings tatsächliche Machtpositionen.

Der häufig genutzte Begriff „Machtergreifung“¹ beschreibe hingegen die Entschlossenheit und Mischung aus Propaganda und Gewalt, mit der Hitler und die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) in den folgenden Monaten die Zerstörung der Demokratie betrieben und die Macht an sich rissen:

Die Sozialdemokraten und die „Eiserne Front“



Tatsächlich folgten auch Demokraten am 30. Januar 1933 dieser schrecklichen Fehleinschätzung: Der „Volksfreund“ (Vf), die in Recklinghausen erscheinende SPD-Tageszeitung urteilte am 31. Januar: „*In aller Gelassenheit*“ reagiere das Volk auf die Beauftragung Hitlers zur Bildung einer „*parlamentarischen Mehrheit*“, wie auf eine

¹ Vgl. dazu immer noch als Standardwerk: Karl Dietrich Bracher, Stufen der Machtergreifung (=Bracher/Schulz/Sauer, Die nationalsozialistische Machtergreifung, Bd.I), Frankfurt/Berlin/Wien 1962



der zahlreichen Regierungsbildungen. Hitler habe zwar vor Jahren von einer brutalen „Machtergreifung“ gesprochen, leiste aber jetzt den Eid auf die Weimarer Verfassung.

Volksfreund, 18. Januar 1933

Erst zwei Tage später nach Auflösung aller Volksvertretungen titelte die Zeitung: „*Eiserner Front, jetzt schlage den Faschismus!*“ Die Ausrufung einer „*Eisernen Front*“, eines 1931 gebildeten Bündnisses von SPD, sozialistischen Gewerkschaften, Sportvereinen und dem republikanischen „*Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold*“², war der Versuch zur Bündelung der Kräfte angesichts der zunehmenden Radikalisierung in der Republik. Die aus heutiger Sicht immer martialischer

formulierten Aufrufe – so in der Volksfreund-Ausgabe vom 25. Februar 1933 – waren nicht nur Ausdruck der Zuspitzung und verzweifelten Emotionalisierung angesichts der Erfolge der Feinde der Republik, sondern auch der Selbstvergewisserung:

Die Eiserne Front

Wir sind die Front!
Die Eiserne Front!
Eh' man uns einzeln
treffen gekonnt,
da schlossen wir uns
zusammen.
Wir tragen den Pfeil
gegen Nazi-„Heil“
und im Herzen
der Freiheit Flammen.
Und eher siegt
der Faschismus nicht,
eh' er nicht jeden
von uns zerbricht,
und wie will er
die Mauer rammen?

Wir sind das Volk!
Das Arbeitervolk.
Und als man uns gar zu
sehr preßte und molk,
da sind wir
zusammengefließen
zu einer Einheit,
zu einer Macht
und wir schmieden die
Hirne Tag und Nacht
und stehn täglich
fester geschlossen.
Aus Arbeiterschädeln
die Eiserne Front,
die hat noch niemand
besiegen gekonnt!
Die Fäuste zum Gruß,
Genossen!

Peter Funk

² „Das Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“, benannt nach den Farben der Weimarer Demokratie, wurde 1924 als „Bund republikanischer Kriegsteilnehmer“ durch die Parteien der Weimarer Koalition (SPD, Zentrum, DDP) gegründet. Wehrverbände waren „Stahlhelm“ (1918, Konservativ-monarchistisch), „Rotfrontkämpferbund“ (1924, KPD); später die „Sturmabteilung/SA“ (1921, NSDAP). Alle Zeitungsbelege: Zeitungsarchiv des Instituts für Stadtgeschichte Recklinghausen

Der Aufruf zu einer „proletarischen Einheitsfront“ in der Ausgabe vom 3. Februar 1933 war allerdings eine Illusion: „*Ein Feind! Eine Front! Eine proletarische Einheitsfront unter Führung der Sozialdemokratie*“. Die Kommunistische Partei (KPD) gehörte nicht nur seit ihrer Gründung zu den erbitterten Feinde der parlamentarischen Demokratie, für sie waren im Rahmen der „Sozialfaschismus-Theorie“ SPD und Eiserner Front sogar die Hauptgegner.

Was Hitler anging, so war er nach seiner Ernennung zum Reichskanzler nicht an der Bildung einer parlamentarischen Mehrheitskoalition interessiert, sondern an der totalen Macht: „*Reichstags-Neuwahlen am 5. März*“ meldete die Recklinghäuser Zeitung (RZ) am 2. Februar 1933, nachdem Hindenburg das Parlament aufgelöst hatte. Zudem kündigte sie für den 4. Februar die Auflösung des Landtages von Preußen an, des mit Abstand größten Bundeslandes. Zunächst erfolgte am 4. Februar zunächst durch eine erste Notverordnung die Einschränkung der Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit: In der Konsequenz wurde auch in Recklinghausen die satirische SPD-Zeitschrift „Der wahre Jakob“ beschlagnahmt und der „Vorwärts“, das SPD-Zentralorgan der Republik, für drei Tage verboten. Das Ende des preußischen Landtags war dagegen zunächst am Widerstand der Demokraten gescheitert; nun folgte am 6. Februar mit einer weiteren Notverordnung die (Auf-), „Lösung“ auf dem Weg dieses Dekrets.³



Wetterleuchten über Deutschland
Der christliche, soziale und nationale Volksstaat in Gefahr!
Freunde! Kameraden! Heraus zur
Massen-Kundgebung
der Volksfront!
Heute Freitag, den 29. Juli 1932, abends 7 Uhr, im
Stadt. Saalbau in Recklinghausen, Dorfener Straße
Es spricht: Reichstagsabgeordneter Heinrich
Imbusch-Effen!
Wir rufen euch! Verteidigt als freie Männer
christliche Kultur, nationale Einheit, innere Frei-
heit und soziale Gerechtigkeit! „Frei Volk“
Die Volksfrontleitung.

Zentrumspartei und „Volksfront“

Analog zum sozialdemokratischen hatte auch auf katholischer Seite eine Bündnisidee Fuß gefasst, nachdem gewaltsame Übergriffe auf Versammlungen zugenommen hatten. Ab Februar 1932 traten katholische Verbände und christliche Gewerkschaften als „*Volksfront zur Abwehr jedes Angriffs auf die verfassungsmäßige Ordnung*“⁴ an. Aufgerufen wurde zu Veranstaltungen vor allem in die Reichstags-Wahlkämpfen 1932, so beispielsweise zur „*Massen-Kundgebung der Volksfront!*“⁵

³ Das mit 2/3 der Fläche und Bevölkerung größte Bundesland war von den Parteien der Weimarer Demokratie (SPD, Zentrum, Liberale) regiert worden. Der Landtag hatte noch am 4. Februar des NSDAP-Antrag auf Auflösung mehrheitlich abgelehnt, wie auch im Dreimännnergremium Ministerpräsident Otto Braun (SPD) und Oberbürgermeister Konrad Adenauer (Zentrum) als Vorsitzender des Staatsrats gegen die Stimme des Landtagspräsidenten Hanns Kerrl (NSDAP). Nun wurden Vizereichskanzler von Papen die Befugnisse der Landesregierung übertragen und Braun damit völlig entmachtet. Das verschaffte nun auch Hermann Göring (NSDAP) freie Hand als kommissarischer Innenminister Preußens.

⁴ Westdeutsche Arbeiterzeitung, 5. März 1932

⁵ Recklinghäuser Volks-Zeitung, 29. Juli 1932. Zum westdeutschen Vorstand gehörten seitens der KAB Bernhard Letterhaus (1984-1944), der als Widerstandskämpfer hingerichtet wurde; eine Straße ist in Recklinghausen nach ihm benannt.

im Saalbau am 29. Juli 1932 mit dem Vorsitzenden der Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter und Reichstagsabgeordneten Heinrich Imbusch (1878-1945). Angesichts der Bedrohungen im Wahljahr 1933 rief die Recklinghäuser Volks-Zeitung (RVZ) diese „Volksfront“ im Vorfeld der letzten großen Kundgebung am 26. Februar zum Ordnerdienst als „Bekanntnis für den Zentrums-gedanken“⁶ auf.

Zuvor hatte die RVZ, die Zeitung des politischen Katholizismus, am 16. Februar den reichsweiten Wahlauf Ruf von 13 großen katholischen Verbänden ganzseitig veröffentlicht⁷: Katholische Arbeiterbewegung (KAB), Kath. Gesellenverein (Kolping), Frauen- und Jugendverbände u.a. warnten vor einer „Staatsordnung, in der an der Stelle des Rechts Willkür und Parteilichkeit, an Stelle des Gemeinwohls Gruppeninteressen entscheiden.“ Sie setzten dem NS-Nationalismus die Parole entgegen: „Deutsch ist nach unserer Über-

zeugung Treue gegenüber dem Schwur, den man der Verfassung leistete“ und warnten: „Es geht um Sein oder Nichtsein des deutschen Volksstaates“. Die Gefahr des „nationalen Verderbens“ drohe durch einen „Bolschewismus unter nationalem Vorzeichen“.

Gerade diese bewusste Gleichsetzung der ja angeblich antikommunistischen NSDAP mit dem Terror eben dieser Bolschewisten, die 1917 die totale Macht mit brutaler Gewalt durchgesetzt und die totalitäre Sowjetunion geschaffen hatten, musste in den Augen der NSDAP als Entlarvung und Provokation verstanden werden.

Die letzte Großkundgebung von Demokraten

Am 26. Februar 1933 riefen u.a. Anton Hoppe (KAB-Sozialsekretär)

und Heinrich Gutermuth (Christl. Bergarbeiterverband) die katholischen Arbeiter-, Gesellen- und Jugendverbände zum Aufmarsch für den „christlich-nationalen u. sozialen Volksstaat“ und „für die Freiheit und die Rechte der Nation“. Gutermuth leitete vor

Aufruf
zu einer
Kundgebung

Sonntag 26. Februar

der christlich-nationalen Volkskräfte, nachmittags 4 Uhr auf dem Marktplatz Recklinghausen

Redner: Landesgeschäftsführer
Kaiser, M. d. R., Köln

Unser Aufmarsch gilt einem christlich-nationalen u. sozialen Volksstaate sowie der Freiheit und dem Rechte der Nation

Erscheint in Massen!

Bezirksverband der katholischen Arbeitervereine:
gez.: Hecke, Kaplan, Bezirkspräsident; Hoppe, Arbeitersekretär.
Bezirkskartell der christlichen Gewerkschaften:
gez.: Gutermuth, Bezirksleiter.
Bezirksverband der katholischen Gesellenvereine:
gez.: Tipkemper, Kaplan, Bezirkspräsident; Kroes, Bezirksleiter.
Bezirksverband der katholischen Jungmännervereine:
gez.: Witte, Kaplan, Bezirkspräsident; Frackowiak, Bezirksleiter.
Windthorstbund Recklinghausen.
gez.: B. Bathe, Vorsitzender.

Verantwortlich: Hoppe, Arbeitersekretär; Gutermuth, Gewerkschaftssekretär.
Druck: Vestruvag, Recklinghausen.

⁶ Recklinghäuser Volks-Zeitung, 23. Februar 1933

⁷ Recklinghäuser Volks-Zeitung, 16. Februar 1933; Westdeutsche Arbeiterzeitung (Zeitung des Kath. Arbeiterbundes), Das Plakat wurde gedruckt in der Vestischen Druck- und Verlags AG (vestruvag), dem kath. Druckhaus am Löhrrhof (heute: Palais Vest), in dem auch die Recklinghäuser Volks-Zeitung verlegt wurde (Aus: Das Bistum Münster, Bd. 5 Gemeinden, Verbände, Bistum, Straßburg 1998, S. 18)

Tausenden, die mit ihren Bannern den Marktplatz füllten, den Grundton der „*Freiheitskundgebung*“ ein:

„Wir wollen vor aller Welt zeigen,
dass wir jede Diktatur ablehnen,
mag sie kommen von Rechts oder Links.“

Dass auch drei Kapläne zu den Unterzeichnern des Aufrufs gehörten, war zeittypisch. Zum einen gehörten die jungen Priester den Vorständen der katholischer Verbände an. Zum anderen hatten die Bischöfe seit dem Aufstieg der NSDAP ab 1930 Nationalsozialisten wie zuvor schon Kommunisten nicht nur als Parteien, sondern auch als Weltanschauungen für unvereinbar mit christlichen Glaubensüberzeugungen und deshalb als unwählbar gebrandmarkt und ihre Funktionäre von den Sakramenten ausgeschlossen.

Heftig protestierten die Redner nun gegen die Unterdrückung der Freiheitsrechte im Wahlkampf und die Amtsenthebung des Oberpräsidenten von Münster, Johann Gronowski (Zentrum), der sich geweigert hatte, Görings Anweisung nach Verboten der Zeitungen, die den Aufruf der katholischen Verbände veröffentlicht hatten, Folge zu leisten.

Für die Emotionalität und Verzweiflung dieser Tage steht der Rückgriff des Landtagsabgeordneten der Zentrumspartei und christlichen Gewerkschafters Friedrich Rütten (*1885), der den verhinderten Jakob Kaiser⁸ vertrat, auf Friedrich Schillers „Wilhelm Tell“: So mündete Rütten traditionaler Zentrums-Aufruf für „*Wahrheit, Freiheit und Recht*“ im Rütli-Schwur nach Schiller: „... Wir wollen frei sein, wie die Väter waren. Eher den Tod als in der Knechtschaft leben. Wir wollen trauen auf den höchsten Gott und uns nicht fürchten vor der Macht der Menschen.“

Diese Großkundgebung am 26. Februar 1933 war nicht nur die größte, sondern auch die letzte von Demokraten auf dem Altstadtmarkt.

RECKLINGHAUSER HEIMATSCHAU

Eine Freiheits-Kundgebung der christlich-nationalen Arbeiterschaft Recklinghausens mit der Jugend

Tausende hörten auf dem Marktplatz das Bekenntnis des Abgeordneten Rütten für christlichen, sozialen und nationalen Geist gegen Diktatur und Gewalt

„Frei Volk“

Recklinghausen, 27. Februar.

Mit einer großen Kundgebung trat gestern die christlich-nationale Arbeiterschaft Recklinghausens in Gemeinschaft mit den katholischen Jugendverbänden an die Öffentlichkeit, um der gesamten Bevölkerung zu zeigen, daß auch sie den Mut hat, auf die Straße zu gehen und ihr Bekenntnis weiterzugeben zu lassen. Wenn irgend eine Bevölkerungsschicht heute zum Kampf geübt sein muß, dann ist es die Arbeiterschaft, denn sie will nicht mehr...

Wir haben in den vier langen Kriegsjahren draußen an der Front unseren Mann gestanden, wir haben in diesen Kriegsjahren zu Hause gehungert, wir werden heute wie damals von heiligem Freiheitswillen befeuert. In Pflichterfüllung und getragen von den Grundfragen unserer Weltanschauung werden wir weiter kämpfen. Wir werden nicht nachlassen zu fordern: Der Staat der Zukunft kann nur ein Volksstaat sein! Nur ein Staat, der ein christliches, soziales und nationales Fundament hat. (Stürmischer, langanhaltender Beifall!)

1925, „denn“, so führte er weiter aus, „sie sind beide unmittelbar aus den Wahlen des deutschen Volkes hervorgegangen. Aus dieser gemeinsamen Grundlage allein leiten sie ihre Machtvollkommenheiten her. Beide zusammen erst bilden die Verkörperung der Volkssouveränität, die die Grundlage unseres gesamten heutigen Verfassungslebens bildet. Das ist der tiefe Sinn der Verfassung, auf die ich mich stützen durch mein Manneswort feierlich verpflichtet habe.“

Und in einem Aufruf, den der Reichspräsident im Jahre 1925 herausgab, heißt es: „Geltreu dem von mir geleisteten Eide will ich alle meine Kräfte daran setzen, dem Wohl des deutschen Volkes zu dienen.“

solche Entwicklung zur Unterdrückung und Knechtschaft des sozialen Volkswillens, der freien Persönlichkeit zu endet im Zuchtsternsamt.

Wir als christlich-nationale freie deutsche Männer und Jungmänner haben für unsere soziale Arbeit das ewige Rechtsgesetz des Christentums zum Fundament gemacht. Von dieser Grundlage aus kämpfen wir gegen Barbarei und Unterdrückung und für Menschen- und Volksrechte. Wir wollen, daß das Gottesgebot „Du soll deinen Nächsten lieben wie dich selbst“ wieder mehr beachtet und danach gelebt wird. Unsere Augen schließt ein Bekenntnisbuch mit dem schönen Satz Christus Herr der neuen Zeit.“ Komm!

Landtagsabgeordneter Rütten

RVZ, 27.02.1933

⁸ Jakob Kaiser (1888-1961), ab 1924 Landesgeschäftsführer der Christlichen Gewerkschaften, Zentrumsabgeordneter, später Mitglied der Widerstandsbewegung, ab 1945 Mitbegründer der CDU in der Sowjetischen Zone, 1947 von den Sowjets abgesetzt, 1949-58 Vorsitzender CDU-Sozialausschüsse, Bundesminister

Am Tag darauf nutzte die Regierung Hitler nämlich den Reichstagsbrand, um alle Grundrechte mit einer Notverordnung aufzuheben. Dieser Ausnahmezustand bildete bis zum Ende des Regimes 1945 (!) eine der Machtgrundlagen des Regimes. Eine der unmittelbaren Folgen war auch das endgültige Verbot des „Volksfreunds“. Die letzte Ausgabe vom 27. Februar hatte unter der Schlagzeile *„Westfalen antwortet Hitler“* über einen *„nie gesehenen Aufmarsch“* von *„35000 Männer und Frauen“* bei in der SPD-Wahlkundgebung in der Dortmunder Westfalenhalle berichtet. Hatte Hermann Göring schon am 24. Februar mit der Ernennung der SA als „Hilfspolizei“ die Machtergreifung eingeleitet, so warnte die RVZ zweimal vor *„Görings großem Beamten Schub“*⁹, mit dem er amtierende republikanische Ober-, Regierungs- und Polizeipräsidenten im Land Preußen durch NSDAP-Gefolgsleute ersetzte.

„Tag der Abrechnung“¹⁰

Die rücksichtslose Übernahme der Machtpositionen und die Aufhebung der Grundrechte war verbunden mit einer nie dagewesenen NS-Propagandawelle. Dazu instrumentalisierte Joseph Goebbels auch mit Erfolg den Rundfunk als modernes Medium zur Erreichung der Massen. Gleichzeitig nahmen Zeitungsverbot, Übergriffe und Gewaltaktionen gegenüber Wahlveranstaltungen der politischen Gegner zu.¹¹ *„Ein jeder tue seine Pflicht“* titelte die Westdeutsche Arbeiterzeitung der KAB am 4. März und die Schlagzeile der RVZ nannte die Wahl am 5. März den *„Tag der Abrechnung“* schrieb weiter: *„Die Bilanz des Wahlkampfes ist gezogen. Wir hüten die Freiheit, das Recht und die Volksgemeinschaft.“*¹²

Tatsächlich erreichte die NSDAP am 5. März reichsweit mit 43,9% nicht das Ziel der absolute Mehrheit im Reichstag; besaß aber gemeinsam mit ihrem deutschnationalen Koalitionspartner DNVP eine Mehrheit. In Recklinghausen blieb die NSDAP mit 34,1% sogar noch deutlich darunter. Dies lag an der Stärke des katholischen Zentrums (26,7%) und der Arbeiterparteien, wobei hier sogar die KPD (18,6%) vor der SPD (10,3%) lag; beide liberalen Parteien kamen nur noch auf 1,4%.

Allerdings hatte die höhere Mobilisierung der bisherigen Nichtwählerschaft dazu geführt, dass die 13.129 Zentrumsstimmen erstmals hinter denen der NSDAP (16.737) zurück blieben.

Ein Fanal: Die Hakenkreuzfahne an öffentlichen Gebäuden

Nur einen Tag nach der Reichstagswahl kam es in der Stadt zur ersten offiziellen Hissung der NSDAP-Hakenkreuzfahne an einem öffentlichen Gebäude: Es war das Polizeipräsidium, an dem sie in einer Zeremonie in Anwesenheit von Polizei-, SA- und SS-Einheiten sowie Stahlhelmgruppen am 6. März aufgezogen wurde. Der von Göring eingesetzte neue Polizeipräsident ließ keinen Zweifel an der Bedeutung dieses Fanals: *„Die stolzen Flaggen*

⁹ RVZ 14. und 23.2. 1933

¹⁰ Titelseite der Recklinghäuser Volks-Zeitung, 4./5. März 1933

¹¹ Die RVZ berichtet z.B. am 22., 23. und 27.2. 1933 von NSDAP-Angriffen in Bochum und Gelsenkirchen. Selbst im Reichstagsüberwachungsausschuss wurde der Vorsitzende Löbe (SPD) niedergeschlagen (RVZ 15.2.1933).

¹² RVZ 4./5. März 1933

[...] sollen zeigen, daß die nationale Regierung, die auf vollständig legalem Wege die Macht übernommen hat, diese unter keinen Umständen mehr aus ihren Händen geben wird.“

Eine Aktion am Rathaus erfolgte dagegen in der systematisch angewandten taktischen Kombination von obrigkeitsstaatlicher Machtausübung und Druck „von unten“. Hermann Göring hatte die Flaggenhissung durch die Verwaltungen angeordnet, wenn „von der Bevölkerung der Wunsch geäußert“¹³ werde. Dieser wurde in Recklinghausen von SA und Stahlhelm „organisiert“, die die Hissung dann auch vornahmen.

„Hakenkreuzgeist“ auch im Rathaus

Hakenkreuzgeist darf im Rathaus nicht herrschen
Recklinghäuser Katholiken, sorgt morgen für eine starke, einflussreiche Zentrumsfraktion – Die Kundgebung am Freitag wurde zu einer glänzenden Rechtfertigung unserer Kommunalpolitik – Bergeht den Provinzial-Landtag nicht

Bürgerrecht u. Bürgerfreiheit mit Liste 4
Recklinghausen, 11. März.
Kommunalwahl am 12. März steht unmittelbar bevor. Die schärfste Sorge der Parteien ist, daß nach dem 5. März die Wählermassen nicht in der gleichen Weise für die neuen Wahlen gewonnen werden und deshalb ist alle Sorgfalt darauf zu verwenden, die ungeheure Wichtigkeit auch dieses Wahlganges den Wählern einzuhämmern. Auch die Kundgebung am Freitag hat, wie wir wissen, einen Kampf um Macht und Einfluß im Stadtparlament und Provinziallandtag in aller Öffentlichkeit aufzunehmen, damit nicht die führende Partei in diesen Körpern verloren geht. Der Ausgang der Reichstagswahl muß ein Zeichen sein, dieser Wahlsieger muß fortwährend sein. Wie haben die letzte Zukunft, daß das Zentrum die Stadt eintritt. Diesmal geht es nicht um einen Mann, um einen Mann der großen Politik, sondern um einen Mann, der die große Politik, die die Stadt eintritt, die Stadt eintritt, die Stadt eintritt.

Provincial-Landtagswahl. Arbeitersekretär Horn
das Wort. „Hinter uns liegt ein leidenschaftlich geführter Wahlkampf, der der Einheit der deutschen Nation tiefe Wunden geslagen hat, Wunden, die nicht leicht zu heilen sind. Aber wir haben die Ehre, in der all der Heil der Welt liegt, Früchte trägt. Der neue Wahlkampf gilt unserer engeren Heimat, den Kommunen und der Provinz.“
Geltet auf große Sachkenntnis unternehmend, die Bedeutung der Provinziallandtagswahl seinen Hörern eindringlich vor Augen zu führen. Er hat mit aller Entschiedenheit, doch dieser Frage keine geringe Bedeutung beizumessen, wenn auch die Arbeit und der Einfluß des Provinziallandtages in den drei Wählerkreisen ist unterschätzt werde.
Man könne fast behaupten, daß man gerade um der Wichtigkeit der Provinziallandtagswahl willen alle anderen Kommunalparlamente auch aufzulösen habe.

Verzweifelt wirkten danach die letzten Aufrufe vor der Neuwahl des aufgelösten Rates eine Woche später: „Hakenkreuzgeist darf im Rathaus nicht herrschen.“ (RVZ 11./12.3.33). Noch einmal hatte das Zentrum am 11. März zur Wahlversammlung eingeladen, diesmal nur im kleinen Saal des Saalbaus, nachdem sich die NSDAP am Tag zuvor im großen Saal mit großen Aufmärschen versammelt hatte. Noch einmal waren es Gutermuth, der als Versammlungsleiter und Anton Hoppe, der als Abschlussredner auftraten. Seit Beginn der Republik hatten die Demokraten in Recklinghausen klare Mehrheiten; so 1929 Zentrum (17 Sitze) und SPD (7) gegenüber 19 weiteren Sitzen verschiedener bürgerlicher Parteien bzw. von KPD (7) und NSDAP (1). Rechtsanwalt Otto Neuhaus, seit langem als Vertreter der größten Fraktion Stadtverordnetenvorsteher musste eingestehen, dass am Wahlsonntag zuvor „die nationale Welle auch das Zentrum ergriffen habe“. Doch das „Hissen der Hakenkreuzfahne dürfe nicht bedeuten, dass die Bürgerfreiheit zuschanden werde.“¹⁴

Doch das Ergebnis der Kommunalwahl am 12. März 1933 veränderte die Mehrheitsverhältnisse auch in der Stadt Recklinghausen dramatisch: Nun dominierten NSDAP (18) und ihre Bündnispartner Kampffront Schwarz-Weiß-Rot (3) und Evangelischer Volksdienst (2) und feierten den Sieg über den „schwarz-roten Marxismus“ (National-Zeitung 14.03.1933). Das Zentrum hatte noch 13, die SPD 4 Sitze, die Polenliste einen Sitz erreicht; die KPD kam auf 6 Mandate.

Ab jetzt wurde der Marktplatz, der Ort der letzten großen Kundgebung der Demokraten am 26. Februar, zum Szenario mitreißender Massenaufmärsche. Der Siegesfeier am 5. März

¹³ Recklinghäuser Zeitung, 7. März 1933

¹⁴ Recklinghäuser Zeitung, 12. März 1933

folgte der reichsweit inszenierte „Tag von Potsdam“, mit dem das Regime das Bündnis der „Nationalen Revolution“ von NSDAP und alten, konservativen Eliten beging (So das ikonographische Propagandafoto: Der Gefreite des Weltkriegs und Reichskanzler verbeugt sich vor dem greisen, kaiserlichen Generalfeldmarschall und Reichspräsidenten). Auch in Recklinghausen wurde er mit Fackelzügen, Marschformationen von SA, Polizei, Feuerwehr, Kriegervereinen und „hochlodernder nationaler Begeisterung“ aus „innerstem Herzensgrunde“¹⁵ gefeiert - bei angeblich 15.000 Teilnehmern.

Nationalsozialismus in Front!

Safentkrenzgeist im Recklinghäuser Rathaus

Die Aufräumungsarbeit beginnt - Eine Arbeitssitzung von 45 Minuten - Sechs Nazi-Stadträte - Kreisleiter Hg Rosenbaum ehrenamtlicher Beigeordneter

Recklinghausen. „In der Kürze liegt die Würze“, sagte sich der Stadtverordnetenvorsteher Hg Kottmann. Während frühere Sitzungen der Stadtväter durch den Kuhhandel der schwarz-roten Parteien manchmal drei Tage in Anspruch nahmen, dauerte die letzte Sitzung, wie wir bereits mitteilten, nur 45 Minuten.

Eingangs der recht umfangreichen Tagesordnung — u. a. Stadtratswahlen und Einsetzung von 38 Kommissionen — gab Hg Kottmann als Vorsteher bekannt, daß es mit den früher so gern genommenen Diäten nunmehr aus ist.

Die SPD war jedoch damit nicht einverstanden und verließ zum Protest gegen diese „Bergewaltigung“ das Recht verwirrt, überhaupt noch als ehrenamtliche Vertreterin des Volkes im hiesigen Parlament tätig zu sein.

Die Wahlen gingen glatt vonstatten. Schwierigkeiten wie früher wurden von keiner Seite gemacht. Bei der Neuwahl der ehrenamtlichen Stadträte wurden folgende Parteigenossen der NSDAP mit Mehrheit gewählt: Kreisleiter Barthel, Stabsarzt Dr. Martini, Sturmführer König, Schulungsleiter Schreier, Stummbarntführer Gladen, Assessor Meymanns. Unbefolgender Beigeordneter wurde einstimmig Hg Rosenbaum, der für das ihm geschenkte Vertrauen dankte und erklärte, daß er die Wahl annahm, um Volk und Vaterland gegenüber seinen

Nationalzeitung 21. April 1933

Hinter der Jubelfassade spielten sich Gewaltakte ab, wie der von der NSDAP inszenierte „Volkssturm“ auf das Rathaus. Der Erfolg der Hetzpropaganda gegen „...alle schwarzen und roten Bonzen!“ entlud sich gegen den damaligen Sozialdezernenten, den „Zentrums-oberbonzen“ Josef Dünnebacke und den „roten Obergenossen“, den Wirtschafts-Dezernenten Hinnerk Töneböhm (SPD). Am 19. März wurden Josef Dünnebacke und der Wohlfahrts-Amtsrat Heinrich Weiskirch (DDP) aus dem Amt gejagt. Weiskirch erlitt schwere Verletzungen und Dünnebacke wurde von der alarmierten Polizei „Schutzhäft“ angeboten. Am selben Tag stürmte die Gruppe auch das „Volkshaus“, die SPD-Zentrale an der Herner Straße. Wie Töneböhm verloren auch Dünnebacke und Weiskirch ihre Ämter. Die konstituierende Sitzung des Stadtrates am 31. März stand unter dem Eindruck der Gewalt: Die KPD-Mitglieder waren bereits ausgeschlossen worden; der Vertreter der Polenpartei blieb aus Angst vor massiven Drohungen fern. SPD und Zentrum wurden per Geschäftsordnung ausgeschaltet oder benachteiligt. Am nächsten Tag zeigte das Regime mit dem „Boykott-Tag“ gegen jüdische Geschäfte auch offen seine antisemitische Gesinnung.

Der geschickten Kombination aus propagandistischer Vereinnahmung, Massenbegeisterung und Gewaltaktion folgte auch die Regie am 1. Mai: Der Kampftag der Arbeiter wurde zur „Verbrüderung der Arbeiter der Stirn und der Faust“ als nationaler Staatsfeiertag eingeführt und inszeniert: Feierstunden, und große Umzüge zur Hillerheide bildeten in

¹⁵ Recklinghäuser Zeitung, 22. März 1933

Recklinghausen den feierlichen Rahmen. In den nächsten Tagen wurden die Gewerkschaften aufgelöst und ihre Häuser beschlagnahmt.

Demokraten engagierten sich nach 1945 für die zweite Demokratie

Für den Aufbau der neuen Republik nach dem Terror der NS-Diktatur engagierten sich auch beteiligte Demokraten des März 1933:

Anton Hoppe (1889-1968) baute die verbotene KAB wieder auf und unterstützte statt einer erneuten Zentrumspartei die Gründung einer neuen, überkonfessionellen christlich orientierten Partei, der CDU ein. Er wurde 1946-1956 erster Landrat des Kreises und gehörte den ersten Landtagen und dem ersten Bundestag 1949-53 an.

Auch Heinrich Gutermuth (1898-1977) votierte für einen Neuanfang, nämlich den Aufbau einer Einheitsgewerkschaft. Er wurde 1956 Vorsitzender der IG Bergbau und Energie, 1963 Präsident des Internationalen Bergarbeiterverbandes, trat der wieder aufgebauten SPD bei und war 1959 und 1964 Mitglied der Bundesversammlung zur Wahl des Bundespräsidenten.

Josef Dünnebacke (1878-1963) gehörte zu den Initiatoren der Gründung der CDU Recklinghausen und war 1948-52 Oberbürgermeister.

© *Georg Möllers*

Der Beitrag ist Bestandteil des Städtischen Online-Gedenkbuchs „Opfer und Stätten der Herrschaft, der Verfolgung und des Widerstands in Recklinghausen 1933 – 1945

www.recklinghausen.de/gedenkbuch